

RHEIN-SIEG-KREIS

DER LANDRAT

10.4 Kreistagsbüro
20.1 Kämmerei**ANLAGE** _____
zu TO.-Pkt. _____

28.09.2005

Beschlussvorlage

für den
öffentlichen Sitzungsteil

Gremium und Datum	Kreistag am 20.10.2005
--------------------------	-------------------------------

Beratungsfolge: **Kreisausschuss am 17.10.2005**
Finanzausschuss am 20.09.2005

Tagesordnungs- punkt	Neufassung der Allgemeinen Gebührensatzung des Rhein-Sieg-Kreises
---------------------------------	--

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt die Bedarfsberechnung (Anhang 2) für die Neufassung der Allgemeinen Gebührensatzung des Rhein-Sieg-Kreises zustimmend zur Kenntnis und erlässt die Neufassung der Allgemeinen Gebührensatzung des Rhein-Sieg-Kreises (Anhang 1).

Vorbemerkungen:

Mit der vorliegenden Beschlussvorlage soll die Allgemeine Gebührensatzung für Amtshandlungen oder sonstige Tätigkeiten der Verwaltung des Rhein-Sieg-Kreises neu gefasst werden.

Die Satzung ermächtigt die Verwaltung zur Erhebung von Gebühren in Angelegenheiten der Selbstverwaltung. Im Wesentlichen sind dies Gebühren für kartographische und reprotechnische Anfertigungen, Gutachten, Bauleitplanungen, Sondernutzungen an Kreisstraßen, Heimerlaubnisse, Prüfungen der Kassen-, Buch- und Betriebsführung, Genehmigungen nach Zweckentfremdungsverordnung, Gebühren des Kreisarchivs und Amtshandlungen nach dem Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsschutz.

Da die derzeitige Fassung der Satzung vom 23.06.2000 bereits mehrfach geändert wurde, soll zur einfacheren Handhabung nunmehr eine Neufassung erfolgen.

Nach § 26 Abs. 1 KrO NRW bedarf die Änderung von Satzungen der Zustimmung des Kreistages.

Erläuterungen:

Gegenüber der bisherigen Satzung ergeben sich folgende Veränderungen:

I. Satzungstext:

Der Satzungstext bleibt mit Ausnahme redaktioneller Änderungen (Anpassung von Fundstellen) unverändert. Die Änderungen sind jeweils durch Unterstreichungen gekennzeichnet.

II. Tarifstellen

Tarifstelle 3.1.1 - Grundleistungen bei Flächennutzungsplänen -

Die Gebührentafel für Grundleistungen bei Flächennutzungsplänen wird der Honorartafel zu § 38 Abs.1 HOAI angepasst.

Tarifstelle 4.6.3 - Zustimmungsbescheid nach § 50 Telekommunikationsgesetz -

Das Telekommunikationsgesetz (TKG) von 1996 wurde durch das TKG vom 22.06.2004 abgelöst. Der § 50 TKG entspricht nun dem § 68 TKG. Somit wird in der Überschrift dieser Tarifstelle § 50 durch § 68 ersetzt.

Tarifstelle 7 - Durchführung des Landespflegegesetzes Nordrhein-Westfalen –

wird neu eingefügt.

7.1 Abstimmung nach § 1 Abs. 1 Satz 2 der Verordnung über die allgemeinen Grundsätze der Förderung von Pflegeeinrichtungen nach dem Landespflegegesetz vom 15.10.2003 (GV NRW S. 610) in der jeweils gültigen Fassung

Die Gebühr beträgt je angefangene Arbeitsstunde 55,00 €

Aufwendungen für baufachliche Stellungnahmen werden als bare Auslagen gesondert erhoben.

7.2 Feststellung nach § 9 Abs. 2 Landespflegegesetz Nordrhein-Westfalen vom 19.03.1996 (GV NRW S. 137) in der jeweils gültigen Fassung

Die Gebühr beträgt je angefangene Arbeitsstunde 55,00 €

Gemäß § 9 des Landespflegegesetzes Nordrhein-Westfalen sind die Fördervoraussetzungen für Bau- und Sanierungsmaßnahmen an voll- oder teilstationären Pflegeeinrichtungen vom örtlichen Träger der Sozialhilfe festzustellen.

Nach § 1 Abs. 1 der Verordnung über die Allgemeinen Grundsätze der Förderung von Pflegeeinrichtungen nach dem Landespflegegesetz (AllgFörderPflegeVO) sollen geplante Baumaßnahmen mit dem örtlichen Träger der Sozialhilfe in der Planungsphase abgestimmt werden. Die Abstimmung der Baumaßnahmen – die den Trägern zu bescheinigen ist - umfasst u. a. Standort, Platzzahl, Vorentwürfe, Pflege- und Betreuungskonzept sowie Zweck- und Notwendigkeit und verursacht einen erheblichen zeitlichen Aufwand.

Zur Abdeckung dieses Aufwands sollen nunmehr Verwaltungsgebühren gem. § 5 Abs. 1 KAG erhoben werden. Der Landschaftsverband Rheinland hat seine Unterstützung bei baufachlichen Stellungnahmen angeboten. Die hierfür entstehenden Aufwendungen werden als bare Auslagen erhoben.

Der Finanzausschuss hat vorgenannter Beschlussempfehlung in seiner Sitzung am 20.09.2005 einstimmig zugestimmt. Über die Beschlussempfehlung des Kreisausschusses – 17.10.2005 – wird in der Sitzung mündlich berichtet.

Zur Sitzung des Kreistages am 20.10.2005